

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Michlova nám 32. Telefon 6 nachts 6792.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag. Politischedamt 57344.

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abnahme von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 5. Oktober 1922.

Nr. 234.

Bloß eine Atempause?

Eine Nachricht aus London besagt, daß dort die Lage im Nahen Osten noch immer als „prekär“ angesehen wird. Es wäre in der Tat ein schwerer Irrtum, wollte man meinen, der Vulkan, den das Orientproblem bildet, wäre mit der Einstellung des Vormarsches der türkischen Truppen und mit der Einwilligung Rhemal Paschas, zu der Vorkonferenz in Mudania einen Vertreter zu entsenden, erloschen. An dem Pulverfaß der neuerlich aufgestandenen Orientkrise brennt vielmehr noch immer die Lunte. Der europäische und türkische Imperialismus bedrohen auch weiterhin gleichermaßen den kaum errungenen europäischen Frieden. Auch wenn es in Mudania zu einer Einigung kommen sollte, so wird damit eine dauernde Vereinigung der orientalischen Frage nicht gegeben sein. Nach Beendigung der Weltkriege schien durch den Sieg der englischen Waffen und die Kunst der englischen Diplomatie das orientalische Problem, das seit Jahrzehnten einen Drehpunkt der abendländischen kapitalistischen Welt gebildet hatte, endgültig gelöst. Die Annahme hat sich als trügerisch erwiesen.

Der von England diktierte Friede von Sevres, wie alle anderen Friedensdikate ein Gewaltfriede schlimmster Art, hatte sich die Aufgabe gesetzt, die Türkei von der europäischen Landkarte wegzuwischen. Seit sich die Türkei mit dem deutschen Imperialismus verbündet hatte, wodurch sie aufgehört hatte, eine Machtgrundlage des britischen Imperiums zu sein, stand sie diesem im Wege, darum wurden in Sevres nach Beendigung des Weltkrieges unter englischem Einfluß die europäischen Besitzungen der Türkei zum Teil verteilt, zum anderen Teile sollten sie als „selbständige“ Staaten den englischen Interessen dienstbar gemacht werden. Die katastrophale Niederlage der von England in den Krieg geführten Griechen hat mit einem Schlag den Plänen des englischen Imperialismus ein Ende gemacht und das alte Weltproblem der Beherrschung der Dardanellen aufgerollt. Darüber ist kein Zweifel, daß das siegreiche Heer Rhemal Paschas den Friedensvertrag von Sevres wie ein Stück Papier zerfehrt hat und daß es sich England in Mudania nur darum handeln kann, zu retten, was zu retten ist und durch Entgegenkommen an die Türkei Europa vor einem neuen Weltbrande zu bewahren, damit noch einmal vermieden werde, die Streitfragen der kapitalistischen Weltpolitik mit den Waffen zu lösen.

Es wäre verfrüht, schon jetzt den Ausgang der Konferenz von Mudania vorauszu sagen. Ob ihrer Aufgabe, den englisch-türkischen Krieg zu verhüten, Erfolg oder Mißerfolg beschieden sein wird, muß abgewartet werden. Wenn es auch wahrscheinlich ist, daß die Ausbreitung des Krieges diesmal noch verhütet werden wird, so sind die Gegenjäger, die aufeinanderstoßen werden, doch zu groß, als daß man annehmen könnte, die Gefahr wäre schon beseitigt. Rhemal Pascha wird den Herren der Welt, die mit Völkern wie mit Schachfiguren spielen, die Sache keineswegs leicht machen, wozu noch kommt, daß es immerhin fraglich ist, ob er, angesichts des insolge des Sieges über Griechenland ungeheuer gestiegenen Machtbewußtseins der nationalistischen Kräfte, die Kraft besitzt, einem Abkommen zuzustimmen, das ein Kompromiß zwischen den englischen und türkischen Wünschen darstellt. Die nationalistischen Kräfte stellen ihre Berechnungen auf den gerade jetzt sichtbar zutage getretenen Gegensatz zwischen England und Frankreich, auf dessen Seite auch Italien steht, die beide eine Schwächung der Position Englands im Orient und vor allem in bezug auf seine Beherrschung des Mittelmeeres herbeizuführen bestrebt sind, so daß die nationalistische Bewegung noch immer hofft, als Siegespreis den Gewinn Konstantinopels heimzubringen. Sollten aus dieser Hoffnung heraus die Verhandlungen in Mudania scheitern und der Krieg seine Fortsetzung und Ausbreitung erfahren, so könnten die Türken allerdings eine unliebbare Überraschung erfahren, denn ihre Truppen würden dann nicht nur auf die englischen sondern auch auf französische Truppen stoßen. Frankreich kann

Wirtschaftskrise und Teuerung.

Die Krise in Ostböhmen.

In Ostböhmen sind bis jetzt, wie wir dem „Trautenauer Echo“ entnehmen, 70 Textilbetriebe mit 8499 Arbeitern zum Stillstand gekommen. Diese Zusammenstellung betrifft bloß das deutsche Gebiet, wenn wir das tschechische Ostböhmen dazu zählen, werden sich diese Zahlen verdoppeln. Nach Bezirkshauptmannschaften sind folgende Industrien zum Stillstand gekommen. In Kladib, Bezirksverwaltung Starzenbach, 3 Baumwollwebereien und Schlichtereien mit 346 Arbeitern. Bei der Bezirkshauptmannschaft in Hohenelbe sind 16 Betriebe mit 2417 Arbeitern eingestellt worden. Darunter sind 1 Flachspinnerei, 26 Brechhäuser, 1 Fleische und Truderei und 4 Baumwollwebereien. Im Trautenauer Gebiete sind 18 Betriebe mit 4213 Arbeitern, darunter sind 10 Flachspinnereien, 1 Bindfadensfabrik und 4 Brechhäuser.

Neue Vertragskündigungen.

Mit 1. Oktober sind von den Unternehmern folgende Textilverträge gekündigt worden: Der Zuteilvertrag vom 23./10. mit dem Zusatzabkommen vom 14./6. 1922 für die Betriebe Oesterreicher-Bernsdorf, Roter-Hohenelbe und Cirich-Jungbuck. Die Forderung der Unternehmer ist eine ungeheuerliche, sie lautet auf 30% Lohnabbau mit 1. November 1922. Der Flachspinnervertrag für Trautenau, Hohenelbe und Braunau vom 12. 4. 1922 mit dem Abkommen vom 29./7. 1922. Das Lohnabkommen für den Petrich Seiffa vom 24./8. 1922. — Weiter wurde der Starkstatter Vertrag vom 5./12. 1922 einmonatlich gekündigt. Für diese drei Betriebe sind die Forderungen noch nicht überreicht worden.

Herabsetzung der Tarife für Kartoffeln und Obst.

Das Eisenbahnministerium teilt mit, daß auf den Staatsbahnen und auf jenen Lokalbahnen, die in staatlicher Verwaltung stehen, die Tarife für Kartoffeln um 50 Prozent, die Tarife für Obst um 20 bis 40 Prozent herabgesetzt wurden.

Die Arbeitslosigkeit in Petchau und Tepl.

Am 26. September fand in Tepl eine Delegiertenversammlung der Arbeitslosen von Petchau und Tepl statt, in der Bürgermeister Genesche Jörler — Petchau das Referat erstattete. Die

Arbeitslosen sind insbesondere darüber empört, daß bei dem Theuringer Schulbau, einer Arbeit von zwei Millionen Bauwert, die Arbeiter des Bezirke nahezu ausgeschlossen sind, obwohl es dort keine Arbeitslosenunterstützungen gibt, während aus fremden Bezirken, wo es Arbeitslosenunterstützung gibt, Arbeiter beschäftigt werden. Die Versammlung beschloß daher zu fordern, daß die Bezirke Petchau und Tepl als Notstandsgebiete anzuerkennen sind und die Arbeitslosenunterstützung so wie in den anderen Bezirken zu gewähren ist. Ferner sollen bei allen Arbeitsvergebungen in erster Linie die im Bezirke ansässigen Arbeiter aufgenommen werden. Die politische Bezirksbehörde ordnete infolgedessen an, daß in erster Linie die Arbeitslosen, welche sich in den Bezirksvermittlungsstellen melden, in Arbeit aufgenommen werden sollen.

Wie sich die Kommunisten die Einheitsfront vorstellen.

Seit vielen Wochen streiten in der Klingerischen Fabrik in Kragau die Arbeiter. Die Streikenden sind teils in dem kommunistischen Verband, teils im tschechischen Brünner Verband organisiert. Nun werden überall, sowohl im Kragauer Bezirke als auch außerhalb Sammlungen für die streikenden Arbeiter unternommen, die aber, wie aus einer Darstellung des in Reichenberg erscheinenden tschechisch-sozialdemokratischen „Jednoty Obzor“, hervorgeht, ganz unkorrekt verteilt werden. Zunächst wurde von den tschechischen Arbeitern separat gesammelt und diese Sammlungen auch nur für die tschechischen Arbeiter verwendet. Später wurde über Drängen der Kommunisten die einheitliche Sammlung durchgeführt. Die Kommunisten wollen aber von den Sammlungen, welche außerhalb des Bezirkes Kragau durchgeführt werden, den tschechischen sozialdemokratischen Arbeitern nichts geben. Am 19. September wurde in einer Sitzung den Mitgliedern des Brünner Verbandes zwar versprochen, einen gewissen Betrag auszugeben, in Wirklichkeit haben aber diese Arbeiter nichts bekommen. Das angeführte Blatt behauptet direkt, daß „die streikenden Mitglieder des Klinger um einen bestimmten Teil des Geldes durch führende Macher der kommunistischen Organisation geprellt werden“. So schaut also die kommunistische Einheitsfront aus. In einem so schwierigen Kampf wird durch ein derartiges Vorgehen der Kommunisten Uneinigkeit unter die Arbeiter getragen.

reichen Ausrufungszeichen ihrer Aufrufe das Denken der Arbeiter zu verwirren, aber es wird ihnen doch nicht gelingen, zu vertuschen, daß sich in der nationalistischen Bewegung imperialistisches Streben verbirgt, mit dem das sozialistische Proletariat ebensowenig etwas zu tun haben kann, wie etwa mit dem Imperialismus Englands. Alle revolutionären Phrasen können auch die Tatsache nicht verhüllen, daß das Bündnis der Bolschewiki mit Rhemal Pascha — übrigens eine nette Bundesgenossenschaft! — ebenso den sowjetrussischen Großmachtplänen entspringt, wie den Absichten der Angoraregierung, wieder die alte Stellung zu erlangen, die es der Türkei ermöglichte, über fremde Völker zu herrschen. Trotz der Bereitwilligkeit Moskaus, die russischen Proletarier auf die Schlachtbank zu schicken, steht sehr dahin, ob dieser Wille in die Tat umgesetzt werden kann.

Auch Rhemal Pascha wird gewiß so klug sein, alle diese Kosten in seiner Rechnung nicht zu hoch einzuschätzen und wird sich wohl im allgemeinen mit den errungenen Erfolgen zufriedengeben. Man darf daher hoffen, daß die Unterbrechung des türkischen Vormarsches mehr als eine bloße Atempause ist und daß es gelingen wird, die drohende Ausbreitung des Krieges zu verhindern. Ob damit die Kriegsgefahr dauernd gebannt ist, das ist freilich eine andere Frage. Der Kapitalismus ist nicht mehr imstande, die Probleme der Welt, die sein eigenes Werk sind, zu lösen. Solange seine Herrschaft dauert, wird die Gefahr neuer Kriege fortbestehen. Erst der vereinigten Macht der Arbeiterklassen aller Länder wird es gelingen, die Brandherde des Kapitalismus aus der Welt zu schaffen.

Verbandstag der Metallarbeiter.

Vierter Verhandlungstag.

Auf der Tagesordnung der dienstägigen Verhandlungen stand der Punkt:

„Betriebsausschüsse und die Voraussetzungen für ihr erfolgreiches Wirken.“

Der Referent Genosse Weigl gab eine Darstellung der Sozialisierungsbestrebungen und des Verdens des Gesetzes über die Betriebsausschüsse. Wir haben Betriebsräte gebildet und Betriebsausschüsse erhalten. Der Motivbericht spricht viel von Betriebsdemokratie, die Unternehmer legen aber das Gesetz so aus, wie sie es brauchen. Die Schiedskommissionen haben nur geringen Einfluß, der Unternehmerwillkür ist Tür und Tor geöffnet. Viele Arbeiter legen dem Gesetze zu geringe Bedeutung bei. Wenn wir über die Betriebsdemokratie zur Wirtschaftsdemokratie kommen wollen, müssen wir alle Rechte, die das Gesetz bietet, für uns in Anspruch nehmen. Die Betriebsausschüsse müssen im Betriebe entsprechenden Schutz erhalten. Redner legt eine Resolution vor, in der eine Novellierung des Betriebsausschüsse-Gesetzes folgenden Grundsätzen gefordert wird:

1. Betriebsräte sind in allen Betrieben zu errichten, die mindestens 20 Arbeitnehmern beschäftigen.
2. Aufnahme und Entlassung (Kündigung) von Arbeitnehmern kann und darf nur im Einvernehmen mit dem Betriebsrat erfolgen.
3. Ist den Betriebsräten ein weitgehendes Bestimmungsbrecht in allen Fragen der Produktion einzuräumen. Sie müssen das Recht erhalten alle Unterlagen zu überprüfen, auf Grund deren die Unternehmer einschneidende Verfügungen in ihren Betrieben treffen, unbefürwortet darum, ob dadurch nur die Arbeiter oder die Produktion im Betriebe berührt wird.
4. Den Anregungen oder Anträgen der Betriebsräte auf Verbesserung des Betriebes, Verbesserung der technischen Einrichtungen und des Arbeiterschutzes, der Arbeitsmethoden und dergleichen, muß, wenn deren Zweckmäßigkeit nachgewiesen werden kann, entsprochen werden.
5. Monatlich einmal hat der Betriebsinhaber dem Betriebsrat genannten Bericht über die Lage des Betriebes zu erstatten. In allen Betrieben, für die ein Verwaltungsrat besteht, sind die Betriebsräte berechtigt, Delegierte in die Sitzungen des Verwaltungsrates oder Aufsichtsratsmitglieder.
6. Alle sozialpolitischen, zum Wohle der Arbeitnehmer bestimmten Einrichtungen sollen direkt den Betriebsräten unterstellt werden.
7. Die Schiedskommissionen sind entsprechend auszubauen und müssen Exekutivgewalt erhalten. Ihr Wirkungsbereich ist vorstehenden Forderungen entsprechend zu erweitern und sollen sie mit solchen Rechten ausgestattet sein, daß sie jede, aus dem Wirken der Betriebsräte entspringende Sabotage der Unternehmer unmöglich machen können.

Der Kampf um die Verbesserung der Gesetze muß von allen Arbeitern gemeinsam geführt werden. In der Erziehungs- und Bildungsarbeit haben wir noch viel zu leisten. Das wirtschaftliche Wissen der Arbeiter ist noch gering. Die Einführung einer Bildungssteuer muß ständig propagiert werden.

In der Debatte verlangt Genosse Köhler-Reichenberg in die Resolution die Aufnahme einer Bestimmung wegen Entschädigung der Betriebsausschüsse, ferner daß unter dem Begriff der Arbeitnehmer auch Lehrlinge begriffen sind. Genosse Lorenz-Rothau bespricht die schwierige Stellung der Betriebsausschüsse bei Entlassung von Arbeitern. In den Schiedskommissionen sind die Unternehmer immer im Vorteil. Werner-Warnsdorf wünscht den Ausbau der Schulen, Müller-Auffig bespricht die Praxis der Schiedskommissionen. Bei Unfallsverletzungen haben die Betriebsausschüsse nichts zu reden. Genosse Ritschel konstatiert, daß die Betriebsausschüsse bei den meisten Beamten nur wenig Unterstützung finden. Müller-Jägerdorf verweist auf die Wichtigkeit der Schulungsarbeit. Genosse Janisch bespricht die Schwierigkeiten, mit denen die Betriebsausschüsse zu rechnen haben. Genosse Prade-Reichenberg erhebt Protest gegen die Berichterstattung der sozialdemokratischen Presse. Er habe erklärt, daß er, wenn die Ausführungen des Genossen Kaufmann richtig sind, die Vorgänge in Komotau und Eberberg verurteile. Schneral habe für das Terrorgesetz gestimmt, als er noch Sozialdemokrat war. Auch Genosse Dittl werde als Lügner hingestellt. Er erklärt im Namen seiner Freunde, daß sie sich an den weiteren Debatten nicht mehr beteiligen. Der

Vorsitzende Kaufmann bemerkt, daß das ausführliche Protokoll die Neuerungen jedes einzelnen Redners ausführlich wiedergibt und jeden, der meint, daß ihm Unrecht geschieht, rechtfertigt. Ueber

Unsere internationalen Beziehungen

referierte der internationale Metallarbeitersekretär Genosse J. G. Vern. Der Gedanke der internationalen Solidarität ist bei den Metallarbeitern schon sehr alt. Schon vor 30 Jahren wurden die ersten Besprechungen abgehalten und es mußten in der Zeit seither viele Schwierigkeiten überwunden werden. Wir mußten uns zunächst mit einem Informationsbüro begnügen und neben den bestehenden Meinungsverschiedenheiten mußte auch darauf Rücksicht genommen werden, daß in der Gewerkschaftsordnung politische und berufliche Auffassungen das Wesen der Organisation bestimmen. Im Osten, in Rußland, gehören die Metallarbeiter unserer Internationale nicht an. Dort gibt es nicht nur eine eigene politische, sondern auch eine gewerkschaftliche Internationale, die unsere Internationale bekämpft. In Rumänien, Bulgarien, Griechenland hat es an Bemühungen, die internationalen Beziehungen zu fördern, nicht gefehlt, aber die Arbeiterbewegung ist dort noch schwach, da die Industrie rückständig ist. Die Arbeiterchaft in Italien hat äußerst lehrreiche aber auch schmerzhaft Erfahrungen hinter sich, dem Faschismus sind nicht nur Studenten und Bürgerliche, sondern auch Arbeiter verfallen. Dort hat die Klassenbewußte Arbeiterchaft gegen links und rechts zu kämpfen. Frankreich wird von Militarismus und Chauvinismus beherrscht, die Arbeiter haben nur geringen Einfluß und entbehren der geschlossenen Front, die englische Arbeiterchaft, mit der wir in immer engeren Beziehungen kommen, ist zersplittert in viele Organisationen. In Amerika ist die Arbeiterchaft ebenfalls in zahllosen Branchenverbänden vereinigt und kollektivistischen Bestrebungen schwer zugänglich. Doch auch hier besteht Hoffnung auf festere Zusammenkunft. Norwegen hat wohl die beste Metallarbeiterorganisation, wie ja überhaupt die skandinavischen Verbände an hervorragender Stelle stehen. In Spanien, wo weite Schichten dem Syndikalismus zuneigen, wüdet der Richtungsstreit seit jeher. Erfreuliche Fortschritte macht die Bewegung in Belgien, wie ja die belgischen Metallarbeiter immer in erster Reihe standen. Die Schweizer Arbeiterchaft, die gegenwärtig von einer schweren Krise heimgegriffen wird, muß sich mit allen Kräften gegen eine völlige Veredelung wehren. Die Sprachenverhältnisse spielen gar keine Rolle. Die österreichischen Metallarbeiter haben erst in den letzten Tagen wieder bewiesen, daß sie über eine festgefügte Organisation verfügen. In Deutschland gehören die Metallarbeiter seit jeher zu den besten Kämpfern. Der Gedanke der Einheitsorganisation ist dort fast restlos verwirklicht. Die gegenwärtige Zeit stellt an die Vertrauensmänner die größten Anforderungen. Der Kapitalismus baut auf einer viel breiteren Grundlage wieder auf, die Konzentration der Betriebe macht neue Fortschritte und erst, wenn der Kapitalismus auf seiner Höhe angelangt sein und die Kleinbetriebe verschlungen haben wird, wird der Endkampf einsetzen. Das Gros der Arbeiterchaft ist erst vor drei bis vier Jahren zu uns geflohen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Massen jetzt, wo wir ihnen nicht immer greifbare Vorteile erbringen können, der Organisation erhalten bleiben und daß der Bruderkampf unsere Reihen nicht schwächen kann.

Der Nachmittag war der Besichtigung verschiedener Unternehmungen gewidmet.

Fünfter Verhandlungstag.

Karlsbad, 4. Oktober (Eigenbericht.) Am Mittwoch wurde die Debatte über die Betriebsausschüsse fortgesetzt. Die 2-Teply erörtert die Wichtigkeit der Schulung der Betriebsausschüsse. Göschka-Bodenbach sagt, daß die Bedeutung der Betriebsräte weder überschätzt noch unterschätzt werden dürfe. Die Angestellten und Beamten sind davon überzeugt, daß sie zu uns gehören. Die Herausgabe einer Betriebsratzeitung ist notwendig. Luk-Gablonz will, daß Streitigkeiten, die aus der Auslegung der Kollektivverträge entstehen, ebenfalls von der Schiedskommission gebracht werden. S. Heschulka-Dörberg bespricht die Spruchpraxis. Friedrich-Bodenbach betrachtet es als die wichtigste Aufgabe der zu schaffenden Schulen, die Arbeiter mit den gesetzlichen Bestimmungen bekannt zu machen. Im Schlußwort bezeichnet Genosse Weigel jene Genossen, die meinen, die Mehrheit der Beamenschaft auf unserer Seite zu finden, als Illusionisten. Die Einrichtungen des Verbandes werden noch nicht entsprechend ausgenutzt und es gibt Betriebe, in denen wir über die Konstituierung von Betriebsausschüssen noch nicht hinausgekommen sind. Der kommende Winter muß zu intensiver Bildungsarbeit verwendet werden. Bei der Abstimmung werden die vorgelegten Resolutionen einstimmig angenommen.

Arbeitslosenunterstützung

nach dem Center System Abgeordneter Genosse Heeger. Die Arbeitslosen sind bei und den größten Schichten ausgebreitet. Von den gesamten Staatsausgaben entfallen 20 Prozent auf den Militarismus, aber nur 3.17 Prozent für das Ministerium für soziale Fürsorge. In der Zuerkennung herrscht der größte Wirrwarr. Redner erläutert die Arbeitslosenfürsorge in anderen Staaten und bespricht dann das neue Gesetz in der Tschechoslowakei (Staatsbeitrag zur Arbeitslosigkeit), dessen Anwendung die schwersten Bedenken wachrufen mußte und das bei den gegenwärtigen abnormalen

Wirtschaftsverhältnissen undurchführbar sei. Wir müssen erklären, daß wir die Berücksichtigung der Vorschläge des deutschen Gewerkschaftsbundes fordern. Falls das Gesetz doch in Kraft tritt, muß eine Uebergangszeit beschlossen werden. Die Bestimmungen über die Uebergangszeit dürfen nur nach Anhörung der Gewerkschaftsorganisationen berodnet werden. Die vom Referenten vorgelegte Resolution, die eine Reihe von Einzelorderungen für diese Uebergangszeit enthält, wurde einstimmig angenommen.

Dann werden die vorliegenden Anträge entsprechend den Vorschlägen der Antragsprüfungskommission erledigt. Die Wahlen wurden entsprechend den Anträgen der Wahlkommission durchgeführt. Zum Verbandsobmann wurde einstimmig Abgeordneter Genosse Kaufmann wiedergewählt. Beschlossen wurde, das Referat des Genossen Dr. Haas in Broschürenform herauszugeben. Nach den Abschiedsworten des Genossen Domes für die ausländischen Delegierten und des Genossen Horn-Karlsbad für die Karlsbader Arbeiterchaft schloß Genosse Kaufmann mit einem Rückblick auf die Tagung und mit einer Mahnung zur Einigkeit die Beratungen.

Inland.

Auch die Deutschgelben für die Einheitsfront! Gestern hat der Klub der Abgeordneten der deutschen Nationalsozialisten in Prag eine Sitzung abgehalten, in welcher beschlossen wurde, an den wirtschaftlichen Schutz- und Abwehrmaßnahmen, die von allen Arbeitern ergriffen werden, teilzunehmen. Mit allen deutschen und tschechischen sozialistischen Parteien wollen also die deutschen Nationalsozialisten zusammengehen! Man sieht, wie die Parole von der proletarischen Einheitsfront von den Kommunisten diskreditiert wurde, da jetzt auch schon die Deutschgelben daran teilnehmen wollen. Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter werden sich für eine Einheitsfront, an der auch die Deutschgelben teilnehmen, höchstens bedanken.

Die Metamorphose des Kommunismus. Der Gauelektenauschuss der kommunistischen Partei in Budweis hat eine Flugschrift gegen den Ausschluß des Wenzel Sturz und Genossen veröffentlicht, in der es heißt: „Wenzel Sturz wurde ein Opfer fanatisierter Menschen, welche . . . die Freie und Lebe Forderung aufgestellt haben, nämlich, daß bei uns sofort die Revolution durchgeführt werde . . .“ Das heißt: „man“ ist nicht mehr für eine „sofortige“ Durchführung der Revolution? Wie sich doch die Prinzipien innerhalb kürzester Fristen in den Köpfen der Kommunisten ändern! Aber was tut es? Dr. Smeral wird wieder gelegentlich einer im Parlament gehaltenen Rede ein zührend-ehliches Bekenntnis ablegen: „Ich habe geirrt“ — und die kommunistischen Parteigänger werden ihm verzeihen. Daß es auch noch Arbeiter gibt, mit deren Gut und Blut dabei Schindluder angesehen solcher Wandlungen getrieben wird, das kümmert ja die großen Geister nicht. Sie sind bei allem — wenigstens körperlich — heil geblieben.

Achtung, Staatsangestellte! Dr. Lukavsky hat in einer seiner vielen an nationalen Chauvinismus reichen, aber an Inhalt im allgemeinen armen Reden auch über die Staatsangestellten gesprochen. Und zwar hat er erklärt, daß die Nachrichten, als ob vom 1. Jänner oder früher die Notaushilfen restringiert würden, nicht auf Wahrheit beruhen. Es müsse den Staatsangestellten eine Atempause gewährt werden. Es werde erwegen, daß alle Bürger und daher auch die Staatsangestellten die Personaleinkommensteuer zahlen. Gelegentlich der geplanten Abfassung einer Dienstpragmatik sagte Dr. Lukavsky: „Sobald die Notaushilfen herabgesetzt werden und das kann nur im Anschluß an das Verbilligungsstempo erfolgen, wird es nötig sein, die Pensionsbasis zu erweitern, oder den Grundgehalt zu erhöhen.“ Man braucht nicht allzusehr zwischen den Zeilen zu lesen, um zu erkennen, daß hier eine jedenfalls eintretende Restringierung der Notaushilfen zugestanden wird. Das Schlagwort vom „Tempo der Verbilligung“ ist als schlechte Ausrede bei solchen Gelegenheiten bekannt. Als zweite Tatsache ist zu erkennen, daß die Staatsangestellten nunmehr die volle Einkommensteuer werden zahlen müssen. Das ist durchaus kein kleiner Betrag und wenn Dr. Lukavsky dabei an die „Pflicht des Bürgers“ appelliert, so ist diese Phrase zur Genüge vom Kapitalismus speziell in diesem Staate dazu mißbraucht worden, sich selbst zu deden und das Proletariat zu drücken.

Die Reform der Landesschulräte soll nach einer Meldung der „Tribuna“ eine der ersten Aufgaben der neuen Regierung sein. Nach einem Regierungsentwurf sollen die Landesschulräte aufgehoben und an ihrer Stelle Landesschulratsausschüsse errichtet werden. Strittig ist die Frage der nationalen Sektionierung. Während nämlich die nationaldemokratische Partei entschieden gegen die nationale Sektionierung ist, ist die sozialdemokratische Partei ebenso entschieden für die Beibehaltung der nationalen Sektionierung, wie sie auch im ursprünglichen Entwurf geplant ist. Mit Rücksicht darauf, daß nunmehr die Funktionsperiode vieler Landesschulratsmitglieder abgelaufen ist, während andere mit Tod abgegangen sind, andere, wie in Schlesien, die Staatsbürgerschaft verloren haben, wird nunmehr die Entscheidung zu treffen sein, ob in den neuen Gremialkomitern (späteren Landesschulräten) die bisherige Organisation — Nennun und nationale Sektionen — beibehalten werden oder nur Plenarsitzungen abgehalten werden sollen, aber aber ob bürokratische Aemter an die Stelle der Landesschulräte treten sollen, wie es z. B. die politischen Landesverwaltungen sind,

denen Beratungskollegien entweder in Pleno oder in nationalen Sektionen anzugliedern wären. Schließlich könnten auch neue Landesschulgremien nach den jetzigen Gesetzen konstituiert werden. Das Ministerium für Schulwesen und Volkshochschulwesen dringt mit Rücksicht auf den unfallsbaren derzeitigen Zustand auf eine Entscheidung des Ministerrates.

Und bei uns?

Die geeinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands hat ein Manifest erlassen, in dem der Satz vorkommt: „Die Einigung in Deutschland ist uns Unterpfand und sichere Verheißung der Einigung in der wiedererstehenden sozialistischen Internationale.“ Sicher ist, daß die Einigung in Deutschland darum so rasch erfolgt ist, weil die Vollzieher des Einigungswillens die Triebkräfte zum guten Werke aus den politischen und sozialen Notwendigkeiten ihres Landes und des jetzigen Augenblickes schöpfen, aber nicht minder sicher ist es — die Internationale bestätigt es auf manchem Blatte ihrer Geschichte — daß die großen Ereignisse in der Sozialgeschichte eines Landes in ihrer Wirksamkeit über dies Land hinausgehen pflegen. Auch bei uns entbehrt der politische Gedanke, dem Einigungswerte des Proletariats der ganzen Welt Kräfte zuzuführen durch Einigungsarbeit im Staate, keineswegs der Aktualität. In Deutschland war es die Reaktion der Monarchisten und Nationalisten, ist es die Reparationspolitik der Entente, die mit Posaunenrufen zur Einigung aufriefen. Bei uns in der Tschechoslowakei droht der Republik von innen keine Gefahr. Die reaktionäre Gesinnung unserer Bourgeoisie trägt kein monarchistisches Kleid, aber nur der „demokratische“ Kremlismus derer, die den Schein für die Sache halten oder ausgeben, wird sich über den Haß, gegen den Sozialismus, über das Mißvergnügen an der Demokratie bei jenen täuschen, für deren wahres Wesen die Parteibezeichnung „Nationaldemokratie“ ganz zutreffend ist. Die Sozialisten rechtlos zu machen, ist auch den bürgerlichen Parteien unserer Republik Herzenswunsch, dessen Erfüllung sie vorläufig mit dem Mittel der moralischpolitischen Entwertung der sozialistischen Koalitionsgenossen betreiben, bis es ihnen passend erscheinen wird, den Erfolg ihrer Arbeit für sich zu liquidieren. Es ist die Tragik der tschechischen Sozialdemokraten, diese gegen sie wirksame Arbeit des eigenen Bürgertums nicht zu sehen oder vielmehr nicht sehen zu wollen. Aber nicht nur innenpolitische Lasten legen es dem tschechischen Proletariat nahe, sich aus der Unflammerung durch die sozialreaktionären Todfeinde zu befreien und der dem tschechischen Proletariat natürlichen Verbindung mit dem Proletariat der anderen Nationen den Weg zu bahnen. Auch die außenpolitischen Beziehungen unseres Staates mühen zum Nachdenken Veranlassung geben. Auch wir sind wie Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht Opfer der Ententepolitik. In die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise wurden wir zum nicht geringen Teile — den anderen verschulden die Genies unserer inneren Wirtschaft, Steuer- und Finanzpolitik — durch die politischen Verpflichtungen gegenüber unseren anspruchsvollen Ententegegnern hineingetrieben. Ihnen zuliebe leben wir militärisch und diplomatisch weit über unsere Verhältnisse, opfern wir die lebenswichtige wirtschaftsfreundliche Beziehung zu den Nachbarn. Was für Deutschland die Wiedergutmachungskosten bedeuten, die täglich drohende Wirtschaftskatastrophe, das sind für uns die Freundschafskosten, die Kosten unserer Befreiung. Daß uns die Befehle der ökonomischen Notwendigkeit auf eine ganz andere Richtung des wirtschaftlichen Handelns hinweisen, das brauchen vielleicht die Bürgerlichen Nationalen nicht zu wissen, aber die Sozialisten, die sollten es wissen, und aus solcher Erkenntnis die politische richtige Schlussfolgerung ziehen. Der Weg zur Annäherung der Proletariate geht nicht über die „Anerkennung“ des tschechischen Staates, womit die Tschechischbürgerlichen den Notau vor ihrer nationalistischen Politik verlangen, sondern sie geht über die Gewinnung der proletarischen Handlungsfreiheit durch die tschechischen Sozialdemokraten.

Die tschechischen Genossen stellen sich die Herstellung der internationalen Einheitsfront so vor, daß sich die deutschen Sozialdemokraten zu den Regierungsparteien gesellen, daß sie also die Dummheit machen, die den tschechischen Sozialdemokraten der Abfall ihrer Anhänger täglich von neuem bestätigt. Wenn sie angesichts des Abfalls ihrer Anhänger zur kommunistischen Partei darauf hinweisen, daß die Politik von Moskau nicht dasjenige sei, was die Proletarier der Tschechoslowakei als wünschens- und nachahmenswert anzusehen haben, so haben sie zwar Recht, aber nur theoretisch. In der Praxis machen unsere Kommunisten ja nicht räterussische Politik. Denn auch sie wissen, daß sie sie nicht machen können. Nicht den Verführungskünsten Moskaus erliegen diejenigen, die von den Sozialdemokraten zu den tschechischen Kommunisten übergehen. Die eigentliche Werbestraft für den seltenen parteipolitischen Entwicklungsprozess der tschechischen Arbeiterchaft, bei welchem Mitteleuropas nächster Opportunist Dr. Smeral die führende Rolle spielen kann, liefern die tschechischen Sozialdemokraten selbst. Sie verweisen ferner gerne darauf und meinen weiß Gott was für scharfsinniges Argument zu erörtern, daß ja auch in Deutschland die Sozialdemokraten in der Regierung sind. Das ist wahr und es ist auch wahrscheinlich, daß die um die Unabhängigen verstärkte Vereinigte sozialdemokratische Partei in der Regierung bleiben wird. Doch wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Es sind die proletarischen und sozialen Aufgaben, die in einer wesent-

lich verschiedenen Situation den Vertrauensmännern des deutschen Proletariats die niemals angenehme Rolle einer Regierungspartei aufzwingen. Sie schwächen mit dieser Teilnahme den Einfluß der bürgerlichen Reaktion. Die Teilnahme der tschechischen Sozialdemokraten an der Regierung aber bewirkt das Gegenteil. Unter dem Schutze der tschechischen Sozialdemokratie, in ihrem Schatten breitet die industrielle und agrarische Bourgeoisie ihre Macht aus, vergrößert sie auf Kosten der Sozialdemokratie ihre künftige Stärke.

Die Erkenntnis dessen fehlt in den Kreisen der tschechischen Sozialdemokraten nicht. Ist sie doch selbst bei den Nationalsozialisten vorhanden. Doch die Gewinnung der proletarischen Handlungsfreiheit ist auch eine Frage des Charakters. Vor allem ist sie eine Frage der weiteren Entwicklung der Verhältnisse im Staate selbst. In den Tagen der Wirtschaftskrise wird viel von der proletarischen Einheitsfront gesprochen. Ehrlich gewollt wird diese von den deutschen Sozialdemokraten. Sie hat ihren guten Willen dazu vor zwei Jahren auf dem Karlsbader Parteitag bewiesen und hat in der Forderung nach dem Proletarierkongreß den Weg gewiesen, der auch heute noch gangbar ist. Die so gut gelungene, mit so großer Begeisterung aufgenommene Einigung von Deutschlands Proletariat ist geeignet, die Hoffnungen aufleben zu lassen, die Anstrengungen zu erneuern, um das zustande zu bringen, was das gesamtproletarische Interesse erfordert und wonach sich das Proletariat aller Richtungen des Sozialismus sehnt. Dieses natürliche Empfinden für das Notwendige wird von den kommunistischen Politikern, diesen Erzpharisäern, mißbraucht. Während ihr Mund von Versicherungen zur Einigkeit des Proletariats überfließt, zerstören ihre Hände, was noch an Einigkeit vorhanden ist. In Deutschland mußte aus diesem Grunde die Einigung ohne sie vollzogen werden. Auch auf dem angekündigten Weltkongreß des Proletariats wird es noch nicht zur Einbeziehung der Kommunisten in die neuzuschaffende Internationale kommen. Aber mit Recht wollte trotz allem weder die Frankfurter Konferenz der Arbeitsgemeinschaft noch der Parteitag von Nürnberg für die Kommunisten die Türen verschlossen wissen. Der große Gedanke der Wiedervereinigung des gesamten Proletariats wird die Hoffnungen von Nürnberg nicht dauernd Lügen strafen. Das muß sich auch das Proletariat der Tschechoslowakei sagen.

Ausland.

Scheitern der russisch-japanischen Verhandlungen.

Der bevollmächtigte Vertreter der russischen Sowjetrepublik im fernen Osten, Joffe, hat den Rat der Volkskommissare telegraphisch vom Scheitern der russisch-japanischen Verhandlungen in Tschangtschu über die Räumung Sibiriens durch die Japaner benachrichtigt. Die Gründe für das Scheitern der Verhandlungen sind zunächst die neuen Bedingungen, die die japanische Delegation gestellt, die Sachalin und die für Rußland unannehmbaren Forderungen für die Zurückziehung der japanischen Truppen betreffen, dann aber der Druck des französischen Vertreters in Tokio auf die japanische Regierung in der Frage der Anerkennung der Sowjetregierung durch die Letztere. Die russische Delegation hat die Weisung erhalten, nach Peking zurückzukehren.

Krisen und Wandlungen des Faschismus.

Die „Neue Züricher Zeitung“ bringt die folgenden interessanten Mitteilungen, die zeigen, wie die dem Proletariat innemphenden Tendenzen sich allen reaktionären Absichten zutrotz durchsetzen:

Von der faschistischen Presse wird der Beginn der Krise in der Partei beharrlich bestritten. Aber abgesehen von den Säuberungen, die in letzter Zeit gleichzeitig in mehreren Ortsgruppen vorgenommen werden mußten, tritt der zwischen der Partei und den faschistischen Syndikalisten bestehende Gegensatz immer deutlicher hervor. Die Parteileitung ist national orientiert; sie gravitiert nach der Auffassung der Industriellen. Die Syndikatsinstanzen sind sozial gesinnt; bei Lohnbewegungen der faschistisch organisierten Arbeiterchaft ergreifen sie genau wie ihre sozialistischen Gegner gegen die Arbeitgeber Partei. Man sah längst voraus, daß es so kommen würde, aber jetzt liegen bereits Beispiele vor, an denen man den Gegensatz demonstrieren kann. In der Zuderindustrie von Ferrara stand letzthin eine allgemeine Lohnreduktion um 20 Prozent bevor. Das faschistische Syndikat protestierte, drohte mit dem Streik und rechnete den Industriellen vor, daß sie infolge zurückgegangener Rohstoff- und Kohlenpreise eigentlich die Löhne erhöhen müßten, statt sie herabzusetzen. Genau die sozialistische Taktik! Im kritischen Moment gaben die Parteinstanzen den Befehl, die Bewegung zu stoppen. Die Führer des Syndikats erklärten, sie hätten nur nach den Grundsätzen des nationalen Syndikalismus gehandelt; die Parteio rgane verstehen darunter aber etwas anderes. Nun ist von „Differenzen der Methode“ die Rede. Die Differenzen gehen aber viel tiefer, und die noch sehr der Erfahrung bedürftige junge Partei wird bald erkennen, daß man entweder Fisch oder Vogel heißen muß, und daß man nicht zwei entgegengesetzte Pole von Parteiwegen miteinander verbinden kann.

Erste Lage in Ostthrazien.

London, 4. Oktober. „Times“ melden aus Konstantinopel, daß die Situation in Ostthrazien ernst sei. In einigen Gebieten wurde die türkische Bevölkerung ermordet.

Telegramme.

Der italienische Sozialisten-Kongress.

Rom, 3. Oktober. (Wolff.) Auf dem Sozialistenkongress schlugen die Führer der Maximalisten Lazzari und der Maximalist Bujoni die Ausschließung der rechtsstehenden Sozialisten vor.

Spaltung der Partei.

Rom, 4. Oktober. (Sabas.) Auf dem Sozialistenkongress wurde gleichzeitig über den Antrag der Maximalisten, die in der Parteiführung das Übergewicht haben, die sogenannten Kollaborationisten ausgeschlossen worden sollen, und über den Antrag des Zentrums, in welchem die Erhaltung der Einheit anempföhlen wird, abgestimmt.

Dieses Ergebnis war vorauszusehen und ist noch insofern günstig, als nicht eine Spaltung in drei Teile eintrat und wenigstens die Kollaborationisten und das Zentrum beisammengeblieben sind.

Neuerlicher Fall der Mark.

Berlin, 4. Oktober. Die Haufe auf dem Devisenmarkt nimmt immer stürmischere Formen an. Die Mark erreicht einen Tiefstand, der an die schlimmsten Zeiten im Juli und August erinnert.

Die Ledebourpartei.

Berlin, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Heute ist zum erstenmale das Wochenblatt der Ledebour-Gruppe, die sich „Unabhängige sozialistische Partei Deutschlands“ nennt, „Der Klassenkampf“ erschienen.

Griechische Republik in Saloniki.

Berlin, 4. Oktober. Aus Saloniki wird berichtet, daß das Aktionskomitee der vereinigten Matrosen- und Soldatenräte die griechische Republik ausgerufen habe.

Einvernehmen zwischen Türken und Ägyptern.

Konstantinopel, 4. Oktober. (Sabas.) Zu den amtlichen Bekanntmachungen des französischen und englischen Hauptquartiers wird festgestellt, daß es bei den Präliminar-Konferenzen zu einem Einvernehmen hinsichtlich der Ausarbeitung eines Protokolls mit Fehid Pascha gekommen ist.

Der Prozeß gegen die Rathenau-Mörder.

Der erste Tag des Prozesses gegen die Mörder Rathenaus hat im wesentlichen nur Formalien gebracht. Ueber die Feststellung der Personalien der Angeklagten ist man nicht hinausgekommen.

Es war ein eigenartiges Bild, als in dem großen Sitzungssaal des Reichsgerichts, in dem seit Menschengedenken nur die Reichsrichter in roter Robe Recht sprachen, und in dem noch als Zeugen der Vergangenheit die großen Bildnisse der Kaiser Wilhelm I. und Friedrich II. hängen, der Staatsgerichtshof Platz nahm.

Die Angeklagten sind auf beiden Seiten des Richtertisches verteilt. Durchweg junge, bartlose Menschen, die die Zwanzig zum Teil noch nicht einmal erreicht oder noch nicht lange überschritten haben.

Zu der dienstägigen Fortsetzung der Verhandlung im Rathenau-Prozesse wurde Ernst Werner Zegow einvernommen, der das Automobil geführt hatte, aus dem Rathenau durch Schüsse ermordet worden war.

Die Einvernahme der Angeklagten.

Leipzig, 4. Oktober. Es sind traurige Helde, die Angeklagten dieses Prozesses. Von einem entschlossenen Eintreten für die Tat ist keine Rede. Ernst Zegow, der Lenker des Mordautos, beginnt mit Leugnen.

mo man ein von den Vororten kommendes Auto mittels des eigenen Autos überfallen könne, will er noch nichts gewußt haben, sondern erst kurz vor der Tat von Kern eingeweiht worden sein.

am Nordlage

will er, als die Fahrt angetreten wurde, nicht gewußt haben, daß das Attentat nun durchgeführt werden sollte. Er habe zwar die Maschinenpistole in den Wagen gelegt, aber nur, weil das Logis gewechselt werden sollte.

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Tages-Neuigkeiten.

Der „Streik“ der Hausherrn in Wien zusammengebrochen. Am Dienstag um sechs Uhr abends sollte in Wien ein eigenartiger Streik beginnen — der Streik der Hausherrn.

Agrarische Unerschämtheit. Unter der Ueberschrift: „Schafft endlich Ordnung“ protestiert der „Venk“ energisch dagegen, daß die Prager elektrische Straßenbahn am 28. Oktober oder am 1. Mai ihre Fahrt einstelle.

mal zu Bewußtsein gekommen wäre, man werde die Gründung einer eigenen Staatsform so feiern, daß man dabei nicht in der Elektrischen werde fahren können, — vielleicht hätten sie es dann doch lieber beim alten bewenden lassen.

„Wenn du in der Eisenbahn schwarz fahren willst, sieh dich vor, daß du dich nicht blamierst!“ kann man Dr. Raschins Gattin und Tochter ins Stammbuch schreiben, denn den beiden passierte im Schnellzuge ein kleines Malheur.

Der kommunistische „Kampf“ in Oberfurt eingegangen! Nachdem der „Kampf“ in der letzten Zeit noch ein kümmerliches Dasein als ein von niemandem gelesenes Stöpfblatt des Reichentücker „Vorwärts“ gefristet hat, ist er nun lang- und kluglos von der Bildfläche verschwunden.

Ungarn gegen lästige Ausländer. Die Polizeibehörden in Budapest haben die Konstriktion der in Ungarn wohnenden fremden Staatsbürger angeordnet. Diese werden zur Polizei vorgeladen, damit sie dort über ihre Berufstätigkeit Auskunft geben.

Der Honter Skandal mit den Goethe-Meliquien. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Lyon hat die Zivilkammer auf Antrag des Stadtrates eine Entscheidung gefällt, nach welcher die Erinnerungen Goethes und die berühmte Faustaussage am 28. Oktober nicht versteigert werden dürfen.

Die Direktion des Allgemeinen Krankenhauses in Prag hat resigniert. Wie das „Prager Tagblatt“ meldet, hat der Direktor des Allgemeinen Krankenhauses in Prag, Ministerialrat Dr. Friedl, einen Urlaub angetreten, von dem er nicht mehr in sein Amt zurückkehren wird.

nach der „Tribuna“ Dr. Dodař, gewesener Gesundheitsreferent für Karpathenland, bestimmt sein.

Verlängerung der Arbeitszeit in den Staatsämtern? Nach einer Meldung der „Esl. Noviny“ haben die Vorstände in den Abteilungen der Zentralämter die Aufforderung erhalten, Berichte abzugeben, welche zwecks einer Erweiterung der Arbeitsstunden von halb 8 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags verwertet werden sollen. Die einfache Frequenz würde sich nur auf die größeren Städte beziehen. In den übrigen Städten soll Vormittags- und Nachmittagsdienst durchgeführt werden.

Die Krise der tschechoslowakischen Wirtschaft beschäftigt auch das „Pilsner Tagblatt“, das sich u. a. auch mit der Landwirtschaft befaßt und hiebei in einem Artikel nach Darstellung der Gründe des Sinkens der Getreidepreise sagt: „Wenn die Landwirtschaft die gewaltige Vermögensverluste ohne erhebliche Folgen ertrug, so findet dies seinen Erklärungsgrund darin, daß sie eben vier Jahre hinter sich hat. Darum kann man sagen, daß die Krise der Landwirtschaft in der Tschechoslowakei dormalen noch eine reine Gewinnsache ist, deren Nachweise durch die erzielten mehrjährigen Höchstpreise kompensiert werden.“ Auch wir sind der Ansicht, daß unsere Agrarier selbst das „Draufzahlen“ ganz gut vertragen, wissen jedam, es sei nicht nur in der Landwirtschaft und eine Gewinnfrage handelt.

Der Faszistenrummel in Oberitalien. Die Faszisten, welche sich zunächst der deutschen Schule in Bologna bemächtigt hatten, haben auch das Rathaus besetzt. Bei dem Zusammenstoß mit der Polizei wurden 28 Personen verletzt.

Ein Vatermord. Der ungefähr zwanzig Jahre alte Sohn des sogenannten Bardebauern in Pilschischen bei Staab wurde vor zwei Jahren wegen Doppelmordes und Brandstiftung zu zwei Jahren Kerker verurteilt. Vor kurzem aus dem Kerker zurückgeführt, erschlug er mitschuldig am 2. Oktober um neun Uhr abends seinen Vater. Der Mörder, der flüchtig ist, konnte bisher nicht eruiert werden. Ein herbeigeholter Polizeihund verfolgte dessen Spur bis Witkova, wo er sie verlor.

Deutscher Einheitsvereinsverein. Die Eröffnung der Anti-Alkoholausstellung im kleinen Urania-Saal in Prag findet Sonntag, den 15. d. M. um 11 Uhr vormittags statt. Der zweitägige Lehrkurs für Lehrpersonen beginnt Donnerstag, den 19. Oktober um 8 Uhr früh im Deutschen pathologisch-anatomischen Institut. Sämtlichen bisher Angemeldeten wurden die in Aussicht gestellten Begünstigungen zugesprochen, die betreffenden Anweisungen werden ihnen in einigen Tagen zugehen. Selbstverständlich können auch Prager Lehrpersonen an dem Kurs teilnehmen.

Das Schachmeisterturnier in Tepliz. Dienstag wurde die zweite Runde des Meisterturniers gespielt. Das interessanteste Ergebnis des heutigen Tages bildete die Niederlage des Großmeisters Rubinstein gegen Kéti. Die Partie Dr. Torroșa-Johner ist remis. In der Partie Dr. Treșbal-Grünfeld eröffnete ersterer mit der Steinigvariante in der spanischen die Weich bekanntlich einen ausichtsreichen Angriff am Königsflügel gewählt. Im Verlaufe des Spiels ergaben sich spannende Wendungen, die aber schließlich bei sorgfältiger Verteidigung zum Ausgleich führten. In der Carlsame-Partie Mieses-Tartakower mußte Mieses die Waffen strecken. Die Partie Kostich-Spielmann verlor Kostich in 45 Zügen. Die Partie Morocz-Sämisch, ein Damenbauernspiel, wurde von Sämisch höchst originell und gut verteidigt. Durch Unterlassung eines wichtigen Abtausches kam Sämisch in Nachteil, verlor einen Bauern und hätte die Partie auch verlieren müssen, wenn nicht Morocz die Zeit überschritten hätte. Die Partie Reichenmann-Wolff war remis.

Das Oktober-Programm im Theatre Varieté. Ein langes Programm mit über ein Dutzend Nummern und ohne eine einzige Nöte. Da ist die famose Tanznummer Jenny Wender, die urkomischen Springer Junglos, der Telepath und Kartenkünstler Bolax, Ring Luis mit seinem Sohn, ein glänzendes Equilibristenpaar. In bunter Reihe folgen dann die drei Cartellas, die mit allem Jonglieren, was ihnen unter ihre verlässigen Hände kommt, die beiden Hunde, die sich auf der Bühne umherreiben, nicht ausgenommen; La Bôat mit prächtigen illusionistischen Tänzen; die vier Mougbs mit halbbrecherischen Evolutionen auf einer Sprungfedertraverse und der Gipfelpunkt des Programmes, der Franzose Harry Allister, der mit verblüffender Ähnlichkeit und Schnelligkeit

eine lange Reihe der berühmtesten Diplomaten, Kompositionen und fast nur leicht abgegebener und nicht abgegebener Potentaten kopiert. Das Programm, ein Großstadtdrama im wahren Sinne des Wortes, wird mit der zweifacherhundertenden Wasserpantomime „Im Lunapari“ beschloffen. Folgt noch der Varieté-Biograph und alles geht vergnügt nach Hause.

Bei der Landesverwaltungs-Kommission wird am 12., 13. und 14. d. M. nicht amtiert, da die Amtsräume gereinigt werden.

Selbstmordversuch wegen Arbeitslosigkeit. Der Beamte Rudolf Horáček und sein Vater Johann aus Prag-Zmichow bemerkten vorgestern nachts auf der Eisenbahnbrücke in Zmichow eine unbekannte Frau, welche ihren Mantel ablegte und ins Wasser springen wollte. Im letzten Augenblicke konnten sie die Frau an ihrer Absicht verhindern. Es war eine Witwe aus Prag-Roschitz. Das Motiv der Tat ist Arbeitslosigkeit.

Kleine Chronik.

Der rumänische Terror in Bessarabien.

Die russischen Emigranten haben es jetzt schwer in Rumänien. Raum haben sie sich von dem bolschewistischen Alpdruck auf dem linken Dnjeprufer befreit, so fallen sie auf dem rechten Ufer in die Armeen der rumänischen „Siguranz“ (politische Polizei). Die rumänischen Gendarmen plündern und misshandeln die armen Flüchtlinge und schicken sie oft wieder über den Dnjepr zurück. Es kamen Fälle vor, wo man Mütter mit Säuglingen völlig ausgeplündert nach Russland zurückschickte. In Bessarabien ist es bekannt, daß sogar Fälle vorgekommen sind, wo Flüchtlinge von verbotenen rumänischen Gendarmen einfach getötet worden sind.

Nur die Befestigung kann den Flüchtling retten. Sie ist in Rumänien allmächtig. Der alte vorrevolutionäre, juristische Beamte ist ein Muster an Unbestechlichkeit im Vergleich zu seinem rumänischen Kollegen. Nicht umsonst gibt es in Bessarabien neuerdings ein Sprichwort, daß alle Rumänen, außer dem König, bestechlich sind und dieser ist es nur deshalb nicht, weil er ein Deutscher ist. In der Tat, es gibt nirgends ein Land, wo Bestechlichkeit so ins alltägliche Leben übergegangen ist, wie in Rumänien. Hier ist die Befestigung völlig legalisiert und die Befestigungsgelder werden nicht heimlich unter vier Augen, sondern ganz offen gegeben. So ist es erklärlich, daß für ein anständiges Schmiergeld russische Emigranten, besonders die reichen, sich „einrichten“ können, trotz allem von der rumänischen Regierung gelegten Fallstricken.

In Rischinow erscheinen fünf russische und eine rumänische Zeitung. Das zeugt von der Macht der russischen Kultur in Bessarabien und von der Wurzellosigkeit der Okkupierenden. Der Führer der bessarabischen Sozialrevolutionäre, der Redakteur der Rischinower Zeitung Kawojan und die Sozialdemokraten Grünfeld und Bradow sind von den Rumänen standrechtlich erschossen worden. Duzende anderer Bessarabier sind deshalb erschossen worden, weil sie Russen bleiben wollten. Im Juli d. J. sind wieder fünf Leichen von bessarabischen politischen Gefangenen gefunden worden, die nach Sowjetrußland geschickt werden sollten. In Bessarabien werden Sozialisten und Demokraten verfolgt und nicht nur beschwiegen, sondern für viele nach Sowjetrußland ausgewiesenen der Übergang über den Dnjepr nur der Übergang aus den Händen der rumänischen Gendarmen in die der bolschewistischen Tscheisten bedeutet.

Die Rumänen verfolgen alles, was nach „Russland riecht“. Die russische Sprache ist in allen amtlichen Stellen verpönt, russische Beamte, darunter auch geborene Bessarabier, sind auf die Straße gesetzt, sind durch echt rumänische Leute ersetzt worden, russische Studenten in Jassy und Sufarest sind allen möglichen Verfolgungen ausgesetzt und der Bessarabier ist überall bis zu den rumänischen Konsulaten im Auslande Paria, den jeder Subalterner verhöhnen kann.

Die Zerstörung der russischen Kultur ist am offenkundigsten in den russischen Schulen. Dort ist die Rumänisierung gewaltsam durchgeführt. Es gibt zwar auch Schulen für nationale Minderheiten, darunter einige russische. Doch alle wissen, daß die Mehrzahl der bessarabischen Bevölkerung für die russische Schule ist. Das wurde bei Rundfragen festgestellt, wobei 100 Prozent aller Eltern die russische Sprache in höheren Schulen forderten. Im vergangenen Semester kam nun ein völliges Verbot der russischen Sprache in sämtlichen Schulen.

Schon vor zwei Jahren wurde die Einfuhr der russischen Zeitungen nach Rumänien verboten unter dem Vorwande, daß sie alle bolschewistisch wären. Die Einfuhr russischer Bücher ist scharfen Beschränkungen unterworfen. Erst wurden Bücher mit der neuen Orthographie verboten, dann wurde eine Zensur für russische Bücher eingeführt. Der rumänische Zensor in Rischinow (früher russischer Offizier), hat die Bücher Karl Kautskys „Terrorismus und Kommunismus“ und „Sozialisierung der Landwirtschaft“ verboten, obgleich sie in rumänischer Uebersetzung existieren und die Einfuhr dieser Bücher in der deutschen Originalsprache erlaubt ist. Aus der Zahl russischer, in den letzten zwei Jahren im Auslande gedruckter Bücher sind mehr als 100 Werke verboten worden. Im Sommer dieses Jahres ist die Einfuhr russischer Bücher gänzlich verboten worden.

Kunst und Wissen.

„Cavalleria russikana“ von Mascagni und „I Pagliacci“ von Leoncavallo. Neues deutsches Theater, am 3. Oktober 1922. In guter Führung hört man diese beiden Meisterwerke des

veristischen Opernstiles immer wieder gern. Ramentlich an der glühvollen und im Melos schwebenden „Cavalleria“-Musik erfreut sich das Ohr stets aufs neue. Mascagnis Tonsprache in der „Cavalleria“ hat auch ihren besonderen Wert; sie ist persönlich im stärksten Sinne. Schon durch die seit Mascagni in Schwung gekommene Trübe und die bewußt häufige Verwendung der harmoniefremden Note. Das Mascagnis preisgekröntes Meisterwerk so viel musikalisches Rückgrat hat, ergibt sich aus der eminent volkstümlichen Art seines Stoffes, der aus dem echten Volksleben schöpft. Leoncavallos „Pagliacci“ sind trotz ihrer Beliebtheit beim Publikum sowohl musikalisch als auch dem Letzteren nach ungleich schwächer und dürftiger. Originalität ist hier durch Sucht nach Bizarem ersetzt, Natürlichkeit durch Künstlichkeit. Daß die „Pagliacci“ heute noch mehr Anhang und Anklang finden, danken sie der größeren, aber nur äußerlichen Wirksamkeit ihrer „Nummern“. Wie viel edler, stilistisch geschlossener und musikerfüllter Mascagnis „Cavalleria“ ist, lehrt das Nacheinanderhören der beiden Grundoperen des jungveristischen Opernstiles. Unsere letzte Aufführung der beiden Werke war durch die zahlreichen Neubestellungen gekennzeichnet. Nicht diese allein sind schuld, daß der Opernabend zum Teile provinzielltheatralisch ausfiel. Vor allem sind die Chöre im höchsten Maße studiumsbedürftig. Unter der Neubestellung vermachte nur jene des Tonio-Ladso im „Bajazzo“ mit Herrn Schwarz zu befriedigen; aber auch diesen Sänger warnen wir vor Uebertreibungen. Fr. Forcái als Santuzza hatte schauspielerisch und gefanglich schöne Momente, aber ihre Stimme scheint so wenig gefund wie die ihrer Vorgängerin, da sie schon nach kleinen gefanglichen Aufgaben ermüdet. Herrn Hagens „Alfio“ war nach seinem Antritt „Luna“ im „Troubadour“ eine arge Enttäuschung. Ganz unverständlich aber bleibt, wie man Herrn Rüdiger den „Sibio“ singen lassen konnte. Soll das etwa der Erfolg für Herrn Klein sein? —ok.

Neues Theater. Heute, den 5.: Triston und Joldo; Freitag, den 6.: „Bajadere“; Samstag, den 7.: 7 Uhr abends „Tanz ins Glück“; 10 Uhr nachts „Abenteuer in Maroffo“; Sonntag, den 8.: nachmittags Arbeitervorstellung: „Lohengrin“, abends Gastspiel Moissi „Lebender Leichnam“; Montag, den 9.: „Damsel“ (Gastspiel Moissi).

Kleine Bühne. Samstag, den 7.: Gastspiel Moissi „Gespensier“; Sonntag, den 8.: nachmittags „Haben Sie nichts zu verzollen?“; abends „Vatermord“.

Arbeitervorstellung: „Lohengrin“. Sonntag, den 8. d. M., 2 Uhr nachmittags. Kartenvorverkauf bei Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Basar.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Zollkrieg mit Dänemark?

Wir haben seinerzeit von dem Mißerfolg gesprochen, welchen die Reise des Handelsministers Koval nach Dänemark gezeitigt hat. Anstatt einen Handelsvertrag heimzubringen, hatte er es erreicht, daß einige Tage nach seiner Rückkehr Dänemark den Import unserer Schuhwaren verboten hat. Damals hat ein Fabrikant im „Pravo Lidu“ die Tätigkeit des Handelsministers in Dänemark als Ignoranz bezeichnet. Aber, wie aus einer Meldung der „L. N.“ zu ersehen ist, mußte sich Minister Koval diesen Titel erst besonders verdienen. Denn jetzt hat er angeordnet, daß für dänische Butter ein Einfuhrverbot erlassen werde und will sich angeblich nicht damit allein begnügen. Das soll wahrscheinlich die Revanche dafür sein, daß Dänemark das Schuhimportverbot erließ. Das heißt soviel wie Eröffnung des Zollkrieges mit Dänemark, in dem natürlich die Tschechoslowakei den kürzeren ziehen muß. Oder zielt das ganze Manöver dahin ab, um den Agrariern wieder einmal unter die Arme zu greifen, damit diese die heimische Butter mit unerschwinglichen Preisen auf den Markt werfen können? Da wäre wieder einmal der Fall einer ministeriellen Solidarität gegeben, deren Grundfah lautet: „Arm in Arm mit dir — richte ich die Republik zugrunde!“

Die Bauarbeiterinternationale und die Russen. In der vorgestrigen Sitzung der Bauarbeiter-Internationale wurde hauptsächlich die Frage erörtert, ob der russische Bauarbeiterverband in der Bauarbeiter-Internationale aufgenommen werden könnte. Es kam einstimmig die Anschauung zum Ausdruck, daß die Russen nur aufgenommen werden können, wenn sie die Satzungen

der Bauarbeiter-Internationale als bindend erachten. Ueber die Aufnahme der Russen wird die Konferenz der Bauarbeiter-Internationale am Donnerstag zu entscheiden haben. Zur Vorberatung der Frage wurde eine Kommission eingesetzt.

Bergarbeiterstreit in Australien. In den Kohlengruben von Südastralien sind 4000 Bergarbeiter in den Ausstand getreten. Man glaubt, daß die Bergarbeiter anderer Gebiete den Solidaritätsstreik proklamieren.

Der Petroleumimperialismus. Holländische Blätter melden, daß die beiden holländisch-amerikanischen Petroleumgesellschaften Vertreter nach Angora senden werden, um die Petroleumausbeutung in den Gegenden des Schwarzen Meeres zu erhalten.

Kurse der Valuten.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank	0 17.50
Berlin	Mark	69.50
Wien	Österr. Kr.	2400.—

Prager Kurse.

	Gold	Währ.
100 holl. Gulden	1185.00	1189.00
100 Mark	142.50	142.50
100 Schweiz. Frank	569.00	572.00
100 Lire	127.25	128.75
100 franz. Frank	237.25	238.75
1 Pfund Sterling	134.00	135.50
1 Dollar	3017.50	3037.50
100 belg. Frank	215.00	217.00
100 Dinar	41.75	42.25
100 österr. Kronen	0 04.12	0 05.12
100 poln. Mark	0 29.00	0 30.00
100 ungar. Kronen	1 13.00	1 13.00

Zürcher Schlusskurse (Devisen).

Berlin	0 27.00	Paris	40 60.00
Wien	0 00.75	Rotterdam	22 55.00
Prag	17.50	Budapest	0 21.50
Holland	207.50	Wgram	1 02.50
New York	5 38.00	Warschau	0 06.00
London	23.57	Wien gen.	0 1.57

Turnen und Sport.

Die Spielvereinigung Fürth in Spanien. Die Spielvereinigung Fürth trug gegen den Sp. C. Santander ein Rückspiel aus, in dem die Bayern mit 6—1 überlegene Sieger blieben. Das erste Spiel hatte ebenfalls mit einem glatten Siege von 5—1 Tore für die Sp. Vg. Fürth geendet.

Eine Autowacht in Deutschland. Im Flugverbandhaus in Berlin fand eine Besprechung sämtlicher des Kraftfahrwesens betreffender Verbände statt, welche die Einrichtung einer Autowacht für ganz Deutschland zum Gegenstande hatte. Diese Autowacht soll die Aufgabe verfolgen, Hand in Hand mit dem Verkehr die Risiken im Straßenverkehr zu beheben, welche durch das rücksichtslose Fahren mancher Kraftfahrer selbst und durch das verkehrswidrige Verhalten vieler Geschirrhälter, Radfahrer und Fußgänger hervorgerufen werden, und zwar soll diese Behebung erreicht werden, indem man auf die Allgemeinheit wie auf den einzelnen erzieherisch einwirkt.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Solih.

Anglo-Czechoslovak. Bank

Prag, Hybernská 5.
Telegr.-Adresse: Telephon Nr. 660, 661, 662, 663, 664, 665.
Anglobank, Prag.

Aktienkapital Kč 120,000,000.—

FILIALEN: Aussig, Bodebach, Brünn, Brüx, Eger, I. B. Falkenau a. E., Franzensbad, Gmünd (Bhf.), Johannsbad, Kaaden, Karbitz, Karlsbad, Komotau, Königgrätz, Leitmeritz, Lobositz, Marienbad, Olmütz, Pardubitz, Pilsen, Prossnitz, Saaz, Teplitz, Tetschen, Trautmann, Welpert, Znaim.
LAGERHAUSER: tschech. a. E., Prag (Station Denis-Bahnhof).
EXPOSITIONEN: Prag Mikuláská, Karolinenthal Královská.
Durchführung sämtl. bankgeschäftlicher Transaktionen.

Arbeiter-Jahrbuch 1923

erschienen Mitte Oktober 1922 im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei.

Taschentalender . . . 6 Kronen
Jahrbuch 1923 . . . 7 Kronen

Beitellungen sind zu richten an das Sekretariat der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei in Tepliz, Seilerstr. 1.

Arbeiter-Taschentalender

105

BERSON

GUMMI-ABSATZ UND GUMMI-SOHL

ist billiger und dauerhafter als Leder
Bester Schutz gegen Kälte und Nässe

